

## Promotionsprojekt:

### **Der „sozialistische Hochschullehrer“ – Zur Wirkung der DDR-Hochschulpolitik auf Berufsverständnis und Berufspraxis der Hochschullehrenden am Beispiel der Humboldt-Universität Berlin (1946 bis 1990)**

#### *Historischer Hintergrund*

Die Hochschulpolitik der DDR verfolgte Zeit ihres Bestehens – mit unterschiedlichen Nuancen und zeitlichen Konjunkturen – im Wesentlichen vier Ziele: Die hochschulpolitischen Maßnahmen, die vorrangig mittels dreier Hochschulreformen durchgesetzt wurden, strebten erstens den Bruch mit der bürgerlichen Wissenschaftstradition bzw. ihre Umgestaltung und umdeutende Einordnung in einen sozialistischen Vorstellungsrahmen an. Zweitens zielten sie auf die Ausbildung eines politisch loyalen sozialistischen Wissenschaftlers und beabsichtigten drittens, die Wissenschaft für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nutzbar zu machen. Viertens verfolgten sie auf der Grundlage eines sozialistischen Gleichheitsideals die Absicht, höhere Bildung breiteren Schichten als bislang zu Gute kommen zu lassen und dies mit ökonomischen Bedürfnissen in Einklang zu bringen.

#### *Forschungsstand*

Die Forschung gibt auf die Frage, inwieweit die Hochschulpolitik der SED bezüglich der ersten beiden genannten Ziele erfolgreich war, eine uneinheitliche, der Tendenz nach abschlägige Antwort. Häufig wird darauf verwiesen, dass die Hochschulreformen zu einer Deprofessionalisierung der Hochschullehrenden beigetragen hätten. Wissenschaftliche Qualität und traditionelle Zugangsmechanismen seien durch soziale und politische Kriterien ersetzt worden und hätten somit nicht mehr universalen Wissenschaftsansprüchen entsprochen.<sup>1</sup> Darüber hinaus attestieren Teile der Forschung dem DDR-Wissenschaftsbetrieb eine „intellektuelle Stagnation“<sup>2</sup> und wissenschaftlicher Originalität abträgliche Homogenität. Zudem habe die in den Hochschulreformen angestrebte „Verberuflichung“ der akademischen Tätigkeiten, d.h. die Vorgabe der Forschungs- und Lehrinhalte sowie die Verbreiterung des Berufsstands, den letzten Funken wissenschaftlicher Neugier und Kreativität in Plänen und Vorgaben erstickt. Gleichzeitig wird aber auch geltend gemacht, dass der Mangel an Forschungstechnik das Engagement und die Improvisationsgabe auch bestärkt haben könne.<sup>3</sup>

Unterschiedliche Positionen finden sich auch zur Bedeutung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten im Prozess des sogenannten Elitenaustauschs bzw. beim Aufbau einer „neuen Intelligenz“<sup>4</sup>. Während der Eliteaustausch auf lange Sicht erfolgreich war,

---

<sup>1</sup> John Connelly: Humboldt im Staatsdienst. Ostdeutsche Universitäten im Staatsdienst 1945-1989. In: Mitchell G. Ash (Hrsg.): Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft deutscher Universitäten, Wien 1999, S. 80-104, hier S. 82; Arndt Bauerkämper: Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubildung und Wertetraditionalismus im Elitewechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren. In: Peter Hübner (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Wiesbaden 1999, S. 37-66, hier S. 43ff.

<sup>2</sup> Ralph Jessen: Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration. Die Universitäten in der SBZ/DDR. In: John Connelly / Michael Grüttner (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn 2003, S. 229-265, hier S. 261.

<sup>3</sup> Klaus Meier: Auf Kosten der Zukunft. Zur Überalterung der Forschungstechnik und ihre Folgen. In: Hansgünter Meyer (Hrsg.): Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR, Berlin / New York 1990, S. 115-124, hier S. 117.

<sup>4</sup> John Connelly: Humboldt im Staatsdienst. Ostdeutsche Universitäten im Staatsdienst 1945-1989. In: Mitchell G. Ash (Hrsg.): Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft deutscher Universitäten, Wien 1999, S. 80-104, hier S. 82; Arndt Bauerkämper: Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitewechsel in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren. In: Peter Hübner (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 43ff.

widersprach er zugleich dem klassennivellierenden Anspruch der SED-Führung, nach dem die Hochschulangehörigen eigentlich keine exponierte Position mehr genießen sollten. Ein ähnlich ambivalentes Bild ergibt sich hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen im akademischen Hochschulbetrieb – ein weiteres erklärtes Ziel der DDR-Hochschulpolitik.<sup>5</sup>

### *Problemstellung*

Letztlich lässt die bisherige Forschung zur DDR-Hochschulpolitik drei Defizite erkennen:

1. Es existiert keine personenbezogene Untersuchung einer Einrichtung der DDR-Hochschulpolitik über den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR. Bislang wurden nur einzelne Personengruppen oder Institute der DDR betrachtet und dies meist mit dem Fokus auf die vierziger bis sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts.
2. In der Mehrzahl der Forschungsarbeiten stehen die politischen Vorgaben und strukturellen Veränderungen an den Hochschulen im Vordergrund.
3. Seitens der Forscher wird die DDR-Hochschulpolitik primär als ein Mittel zur Herrschaftsausübung betrachtet, und die Hochschulen und Hochschullehrer werden als willfährige Instrumente zur Umsetzung staatlicher Vorgaben charakterisiert.

Dieses instrumentelle Bild von der DDR-Hochschulpolitik und ihrer widerspruchslosen Umsetzung an den Hochschulen entspricht dem vorherrschenden Trend, die DDR-Gesellschaft „von oben nach unten“ organisiert und „durchherrscht“ zu beschreiben.<sup>6</sup> Mit einem solchen Ansatz, der die DDR letztendlich auf die Vorstellungen und Maßgaben der herrschenden Partei reduziert, geraten jedoch Formen des Gesellschaftlichen, des Alltäglichen, der „sozialen Akzeptanz“ sowie die Handelnden selbst in gewissem Maße aus dem Blick. Ein sozial- und kulturgeschichtlicher Zugang könnte diese Leerstellen in Bezug auf die Hochschulen beseitigen helfen. Neben der Tendenz zur „Durchherrschaft“ und ihrer unzweifelhaft staatstragenden Funktion gab es in der Hochschulrealität der DDR stets auch ein Element der wissenschaftlichen Selbstorganisation und der Willensbildung „von unten nach oben“, das das derart festgesetzte Bild der Forschung infrage stellt.

### *Fragestellung*

Zur Beantwortung der Frage nach dem (Miss-)Erfolg der sozialistischen Hochschulpolitik reicht ein rein politikgeschichtlicher Ansatz, der die widerspruchslose Umsetzung staatlicher Vorgaben an den Hochschulen voraussetzt, nicht aus. Es muss gefragt werden, inwieweit darüber hinaus ein Forschungsansatz bei den Adressaten der Politik – den Hochschulangehörigen selbst – zu suchen ist.

### *Untersuchungsgegenstand*

Anhand einer kollektivbiografischen Studie über die Hochschullehrenden der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) soll der skizzierten Fragestellung nachgegangen und die Hypothese, dass sich ein sozialistischer Hochschullehrertypus mit charakteristischen Kennzeichen herausgebildet hat, überprüft werden. Es ist davon auszugehen, dass sich mehrere Typen entwickelt haben, und sich diese generell unterscheiden lassen. Die Untersuchung umfasst den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR, da die Herausbildung sozialistischer Hochschullehrertypen erst mit zeitlicher Verzögerung zu den politischen Vorgaben der Hochschulpolitik zu erwarten ist. Auch Veränderungen der Sozialstruktur der Hochschullehrenden dürften erst über einen längeren Zeitraum ablesbar sein.

Als primärer Untersuchungskorpus werden biographische Daten von etwa 900 Lehrenden der Humboldt-Universität erfasst und neben personenbezogenen Angaben (Geburtsdatum, Geschlecht, Ausbildung, Parteimitgliedschaft, Wohnort, Einkommen) auch Angaben über Auszeichnungen, Werdegang, Publikationen sowie Arbeitsplatzwechsel aufgenommen. Der Datensatz wird ordentliche und außerordentliche ProfessorInnen und DozentInnen aller Fakultäten der HU – einschließlich Gast- und HonorarprofessorInnen und

---

<sup>5</sup> Lothar Mertens/Dieter Voigt: Soziale Herkunft und Selbstrekrutierung der promovierten Intelligenz in der DDR. In: Stefan Hornbostel (Hrsg.): Sozialistische Eliten, Opladen 1999, S. 163-175, hier S. 170.

<sup>6</sup> Jürgen Kocka: Wissenschaft und Politik in der DDR. In: Ders./Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 435-460.

-dozentInnen umfassen. Belegärzte und wissenschaftliche Assistenten werden aus arbeitsökonomischen Gründen nicht berücksichtigt. Aus Datenschutzgründen ist eine anonymisierte Form der Quellenauswertung unerlässlich. So bietet sich eine Analyse nach Alterskohorten, Fächern oder nach sozialer bzw. geografischer Herkunft an.

Die HU wurde darüber hinaus zum Untersuchungsgegenstand gewählt, da sie über Jahrzehnte die studentenstärkste Hochschule der DDR war. An dieser traditionsreichen, renommierten akademischen Institution sollte die bürgerliche Tradition akademischen Betriebs nach sozialistischen Maßgaben umgestaltet werden. So war die HU die erste Hochschule, an der die 3. Hochschulreform unter direkter Intervention der SED-Führung und des Hochschulministeriums realisiert wurde.

Die im Zentrum der Untersuchung stehenden Hochschullehrenden der HU können exemplarisch für den Typus des sozialistischen Wissenschaftlers herangezogen werden, der sich nach den Vorstellungen der SED-Führung entwickeln sollte. Gleichzeitig werden sie in der Arbeit als Repräsentanten der DDR-Gesellschaft für die Untersuchung des Verhältnisses von Regierung und Bevölkerung verstanden – d.h. nicht nur als Adressaten, sondern auch als Akteure politischer Entscheidungen.

#### *Untersuchungsmethode*

Die geplante Studie orientiert sich an zwei methodischen Ansätzen zur Erfassung von Gruppen.

1. Analytische Herangehensweise: Sie erhebt alle Personen einer Institution als Gruppe.
2. Narrative Herangehensweise: Sie stellt eine Gruppe anhand von Beispielbiografien und ihrer „Ego“-Dokumente dar.

Beabsichtigt ist eine Kombination beider Zugriffe mit der Zielsetzung, einerseits überhaupt die Merkmale der Gruppe(n) herauszuarbeiten, und andererseits weder die Hochschullehrenden zu anonymisieren noch ungeprüft einzelne Personen als Repräsentanten einer Gruppe zu beschreiben, wie dies in biografischen Zugängen bisweilen der Fall ist.

#### *Quellenbasis*

Neben dem genannten Datensatz als Primärquelle der Arbeit wird auf folgende Quellen zurückgegriffen: die Universitätszeitung „Humboldt-Universität“, die alle Neuberufungen dokumentiert; an der HU entstandene Dissertationen, die i.d.R. Aufschluss über die Lebensläufe der DoktorendInnen geben; biografische Ergänzungen enthaltende Festschriften, Jubiläumsschriften und Auszeichnungen. Personalakten geben Einblicke in Berufungsverfahren (Karriereverlauf, politische und fachliche Begründung der Auswahl) und Anforderungsprofile der in den unterschiedlichen Fakultäten, Instituten und Sektionen zu besetzenden Stellen. Lebensläufe ergänzen aus persönlicher Sicht vorhandene Biografien.

Einbezogen werden ferner im Staatsarchiv Berlin vorhandene Sitzungsprotokolle der Fakultäten und Sektionen. Sie sollen Auskunft erteilen, inwieweit die Lehrenden selbst Themen- und Projektvorschläge unterbreitet, Kritik geübt und ihren wissenschaftlichen Alltag gestaltet haben. Zu prüfen ist, ob Akten des Ministeriums für Staatssicherheit für den Untersuchungsgegenstand relevant sein könnten.

Zur Quellenbasis gehören darüber hinaus Interviews, (Auto-)Biografien und „Ego“-Dokumente mit / über / von Universitätsangehörigen. Sie vermitteln Einblicke in den Lebens- und Arbeitsalltag und können – die quantitative Datenerhebung ergänzend – nachvollziehbar machen, inwieweit das propagierte Bild des sozialistischen Hochschullehrers der Realität entsprach.

*Ulrike Breitsprecher<sup>8</sup>*

---

<sup>8</sup> Die Doktorandin ist Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.